



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Birgit SIPPEL
08.11.2017



"Auf griechischen Inseln droht humanitäre Katastrophe"

Sozialdemokraten im EU-Parlament fordern sofortige Hilfe für Flüchtlingsunterkünfte in Griechenland

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament schlagen mit Blick auf die Situation von Flüchtlingen in Griechenland Alarm: "Der Winter steht vor der Tür und auf den griechischen Inseln schlafen weiterhin Tausende von Flüchtlingen in einfachen Zelten. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die EU-Kommission müssen sofort gemeinsam mit den griechischen Behörden handeln - andernfalls droht im Winter eine humanitäre Katastrophe, für die wir Mitschuld tragen", sagt **Birgit Sippel**, innenpolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. Die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament hat am Mittwoch, 8. November, gefordert, das Thema kurzfristig auf die Agenda der anstehenden Plenarwoche in Straßburg zu setzen.

"Wir haben bereits November, aber nach wie vor fehlt es an einem Plan, wie die Schutzsuchenden während des Winters ausreichend versorgt werden sollen. Die Kommission muss hier deutlich enger mit den griechischen Behörden zusammenarbeiten, um solche Defizite zu beheben", fordert **Birgit Sippel**. "Auch bei der Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Griechenlands muss nachgebessert werden. Es kann nicht sein, dass es auf dem Festland in Griechenland freie Unterkünfte gibt, während Schutzsuchende sich auf den griechischen Inseln in überfüllten Camps und in Sommerzelten vor dem Winter fürchten müssen."

Die Situation in Griechenland sei aber vor allem das Ergebnis mangelnder Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten, erklärt **Birgit Sippel**. "Trotz der Beschlüsse im Rat vom September 2015 zur Umsiedlung von insgesamt 160.000 Schutzsuchenden aus Italien und Griechenland wurden in den vergangenen Jahren nur 20.000 Menschen aus Griechenland in andere Mitgliedstaaten umgesiedelt. Alleine in diesem Jahr kamen jedoch über 24.000 neue Schutzsuchende an. Das zeigt deutlich: Wir lassen Griechenland im Stich", sagt **Birgit Sippel**. "Es ist nicht hinnehmbar, dass unter den derzeitigen Umständen weiterhin Mitgliedstaaten Schutzsuchende über die Dublin-Regelung nach Griechenland zurücksetzen. Derartige Rückführungen müssen sofort ausgesetzt werden."

Der Innenausschuss des EU-Parlaments hat sich erst vor Kurzem für eine [Reform der Dublin-Verordnung](#) ausgesprochen, wodurch die Verantwortung für die Flüchtlinge gerecht auf alle Mitgliedstaaten verteilt werden soll.

Weitere Informationen: Büro Sippel +32 2 28 47559 und Angelika Pentsi +32 473 930 060 (Pressesprecherin)